

9 Weisung 128/2018 des Stadtrates: Beschlussentwurf zur Motion 584/2016 von Patricio Frei (Grüne) betreffend "Fair Trade Town Uster"

Für die Kommission Soziales und Gesundheit (KSG) referiert Eveline **Fuchs** (Grüne): *An ihrer ersten und konstituierenden Sitzung vom 14. Mai 2018 hat die Kommission für Soziales und Gesundheit den stadträtlichen Beschlussentwurf zur Motion 584/2016 von Patricio Frei betreffend „Fair Trade Town Uster“ behandelt. Es waren alle Kommissionsmitglieder anwesend. An dieser Sitzung nahmen auch Stadtrat Cla Famos, die Abteilungsleiterin Gesundheit, Anita Bernhard, und die Leistungsgruppen-Leiterin Abfall und Umwelt, Sarina Laustela, teil.*

Hauptdiskussionpunkte bildeten die beiden vorliegenden Änderungsanträge vom Motionär Patricio Frei, über welche wir auch heute Abend abzustimmen haben. Diejenigen votanten, die diese Anträge unterstützten, sahen keinen zwingenden Grund vorliegen, die Umsetzung erst im nächsten Jahr anzugehen und plädierten für einen umgehenden Start. Die ablehnenden Stimmen sahen keine Dringlichkeit des Geschäftes und befürworteten aus diesem Grund den vom Stadtrat vorgelegten Ausführungszeitplan.

Nach der Diskussion wurde den beiden Änderungsanträgen und der geänderten Weisung mit einem Verhältnis von jeweils 6:3 zugestimmt. Die Kommission für Soziales und Gesundheit beantragt Ihnen, die vorliegenden Änderungsanträge ebenfalls anzunehmen und der geänderten Weisung des Stadtrates zuzustimmen.

Ich danke meiner Kommissionskollegin und meinen Kommissionskollegen für die faire und sachliche Diskussion und Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert **Beatrice Caviezel** (Grünliberale): *Die RPK hat an ihrer Sitzung vom 28. Mai 2018 die Weisung wie auch den Änderungsantrag der KSG beraten. Die Diskussion drehte sich um folgende Punkte:*

- *Startpunkt „umgehend“ (Antrag KSG) versus „Start im 2019“ (Antrag Stadtrat): Esther Rickenbacher zeigte den Kommissionsmitgliedern auf, dass die Abteilung Gesundheit bereits die unterschiedlichsten Projekte bearbeitet und deshalb kaum in der Lage sei, das neue Projekt „Fair Trade Town“ vor 2019 zu starten. Esther Rickenbacher nimmt jedoch den Wunsch auf, das Projekt so bald als möglich zu starten.*
- *Die Kosten von 10'000 Franken. In der Kommission wird die Vermutung geäußert, dass die CHF 10'000 in der Rechnung Platz finden würden, auch wenn das Projekt nicht budgetiert war.*
- *Die 80 Arbeitsstunden, die in der Verwaltung geleistet werden sollen. Auch dazu wird die Vermutung geäußert, dass zumindest ein Teil dieser rund 2 Wochen Arbeitszeit bereits im 2018 geleistet werden könnte.*

Mit 5:4 Stimmen stimmt die RPK dem Antrag der KSG zu. Der geänderten Weisung stimmt die RPK mit 6:3 zu.

Für die Grüne-Fraktion referiert Patricio **Frei**: *Es freut mich überaus, dass auch der Stadtrat jetzt will, dass Uster eine „Fair Trade Town“ wird. Das war nicht immer so. Deshalb sage ich zum Stadtrat: «Willkommen an Bord!» Die Unterstützung des Stadtrats ist entscheidend, denn er spielt bei der Umsetzung eine wichtige Rolle. Schliesslich kann ein gemeinsames Engagement mit Wirtschaft und Bevölkerung nur gelingen, wenn auch der Stadtrat es auch tatsächlich will und nicht nur, weil man eine Aufgabe aufgezwungen erhält.*

Die Weisung zeigt, dass die Stadt Uster bereits heute den fairen Handel fördert. Auch das ist natürlich sehr erfreulich. Aber uns allen ist auch klar: Da geht noch was. Die Stadt soll noch konsequenter auf Fairtrade-Produkte setzen.

Es ist aber nicht die Meinung, dass jetzt die Stadt die ganze Arbeit alleine erledigen muss. Vielmehr soll sie wie ein Katalysator einen Prozess in Gang setzen. Es soll eine gemeinsame Dynamik entstehen, und zwar mitgetragen von Institutionen, Detaillisten, Wirten, Unternehmen und Privaten.

Der stadträtliche Antrag brauchte einzig beim Zeitplan eine leichte Korrektur: Es ist nicht einzusehen, weshalb wir mit der Umsetzung ein Jahr zuwarten sollen. Die Kosten für die Auszeichnung sind überschaubar. Uster könnte morgen schon beginnen, die fehlenden Kriterien zu erfüllen. Die Stadt Carouge (GE) hat dafür gerade mal ein halbes Jahr benötigt.

Den Kritikern gebe ich ein Stück weit Recht: Mit „Fair Trade Town Uster“ werden wir die Welt nicht retten. Aber wir leisten einen Beitrag dazu, dass sie ein kleines Stück gerechter wird.

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert Silvio **Foiera** (EDU): *Dass Arbeit einen fairen Lohn erhält ist ein bürgerliches Anliegen. Manch ein lokaler Handwerker oder Gewerbler, der hier Steuern und Löhne zahlt, würde sich wünschen, dass Leute in dieser globalisierten Welt wieder den Wert der Arbeit und lokaler Bedingungen anerkennen.*

Selbstredend gilt dies auch für Plantagenarbeiter und Kaffeebauern in Übersee gleichwohl.

Wie wir bereits im Antrag des Motionärs erfahren, erfüllt Uster die Voraussetzungen zum Erwerb des Labels bereits grösstenteils.

So stellen wir uns die Frage, was bekommen die Ustermer Steuerzahler denn für ihre jährlich investierten 10kCHF und 40 Arbeitsstunden der Verwaltung?

Gemäss Weisung des Stadtrats etwas Papier-SPAM in Form von Flugblättern, welche hoffentlich nicht Folgekosten einer Anti-Littering Kampagne nach sich ziehen, sowie einen Sensibilisierungsanlass.

Ob diese Sensibilisierung denn wirklich nötig ist, wagen wir zu hinterfragen, feiert die Max-Havelaar-Stiftung doch gerade einen neuen Umsatzrekord von rund CHF 700 Mio., was einem pro Kopf Konsum von CHF 87 in der Schweiz entspricht. Wird hier also mit Steuergeldern nachgeholfen, das designierte Pro-Kopf-Ziel von CHF 100 zu erreichen? Ein Schelm, wer böses denkt!

So bleibt letztlich der Eindruck, dass das angestrebte „Label“ wenig substanzielles mitbringt und primär der Umsatzsteigerung der vom Motionär als Pressesprecher vertretenen Institution dient. Ein ähnlich lautender Antrag, das lokale Gewerbe zu priorisieren und mit Sensibilisierungsaktionen zu unterstützen würde wohl unweigerlich kritische Rufer bezüglich des Polit- und Gewerbefilzes auf den Plan rufen.

Dies obwohl auch eine «Birkenhof Fondue», ein «Ustermer Schlosswein» oder ein «Wermatswiler Biber» ohne Zweifel fair produziert sind. Mit regionalem Most aus der Mostbox gar noch sozial und integrativ produziert: Nachhaltiger Genuss pur!

Die SVP/EDU-Fraktion lehnt die Vorlage daher als unnötiges Label-Catching und Alibiübung ohne substanzielle Nachhaltigkeit ab. Selbiges gilt auch für die durch den Motionär in die Kommissionen nachgereichte «Subito»-Umsetzung, welche bestenfalls eine Entgegennahme der Auszeichnung vor statt nach den Sommerferien 2019 ermöglichen würde.

Stattdessen empfehlen wir durchaus auch mal bei Uster-Plus-Produkten beherzt zuzugreifen und bei Auftragsvergabe lokale Anbieter und Dienstleister zu berücksichtigen.

Für die FDP-Fraktion referiert Peter **Müller**: *Wir teilen das Anliegen des Motionärs, dass Uster seine Verantwortung in Bezug auf eine nachhaltige Beschaffung wahrnehmen soll.*

Über was wir aber heute befinden ist aber eine öffentlich finanzierte PR-Kampagne für einen kleinen Kreis von NGO, Institutionen und vor allem Handelsunternehmen.

Diese alle verfolgen und fördern wichtige und richtige Anliegen. Persönlich schätze ich deren Labels sehr, um mein Konsumverhalten zu steuern. Macht es deshalb Sinn, diese Organisationen durch die öffentliche Hand zu unterstützen und fördern?

Die Kernargumente, welche gegen eine Annahme sprechen, wurden bereits mehrfach vorgetragen:

- *Es ist eine Ungleichbehandlung mit anderen nachhaltigen Produkten, insbesondere lokal produzierten.*
- *Es ist keine städtische Aufgabe, das Einkaufsverhalten von Privatunternehmen zu beeinflussen.*
- *Der richtige Ort, um etwas zu erreichen, sind die «Einkaufsempfehlungen für die Verwaltung der Stadt Uster» sowie die «Submissionsrichtlinien»*

Als Neo-Gemeinderat hat sich für mich der Blick zurück zu den Anfängen des Anliegens gelohnt.

Dort wird als Grund für das Handeln das tiefe Abschneiden von Uster im Gemeinderanking von SolidarSuisse aufgeführt.

In diesem Ranking ist das wichtigste Bewertungskriterium in Bezug auf den Einkauf, dass Gemeinden «Richtlinien haben, die mindestens die acht ILO-Kernübereinkommen als verbindliches Kriterium für alle ihre Beschaffungen festlegen». Mit dieser Weisung erreichen wir nicht das Geringste in dieser Richtung.

Hätte der Stadtrat im Januar 2017 eine Mehrheit gefunden, um die Motion in ein Postulat zu wandeln, dann könnten wir heute wohl über einen besseren Vorschlag zur Veränderung des Beschaffungswesens in Uster befinden.

Was machen wir jetzt? Wir organisieren eine Arbeitsgruppe, die den Status quo dokumentiert, drei Mal pro Jahr eine Medienmitteilung verschickt und einen Anlass organisiert. Wir kreieren Papier und administrativen Aufwand, statt effektiv etwas zu ändern. Das kann doch nicht die Ambition von Uster sein. Das können wir besser.

Als Sportler kommt mir das Ziel dieser Weisung vor, wie die Anmeldung zum Kinder-Skirennen: Gegen ein kleines Entgelt hat man die Medaille und das gute Gefühl bereits auf sicher.

Besser Skifahren lernt man aber, indem man viel übt und auch bei schlechtem Wetter auf die Piste geht. Oder in diesem Zusammenhang vielleicht auch, indem man die richtigen Skier kauft. Liebe Gemeinderäte, lassen sie uns Uster besser Skifahren beibringen, anstatt wertlose Medaillen zu sammeln.

Für die Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion referiert Beatrice **Caviezel** (Grünliberale): *Es freut uns, dass der Stadtrat beschlossen hat, dass die Stadt Uster ein Vorbild für den fairen Handel sein soll. Denn wie richtig gesehen, bestimmt das, was wir kaufen und konsumieren, die Lebensbedingungen von Menschen rund um den Globus. Und leider unterscheiden sich diese oft sehr fest von den Bedingungen, die wir hier in der Schweiz haben.*

Weiter hält der Stadtrat fest, dass die Umsetzung der Motion zur Auszeichnung «Fair Trade Town» für die Verwaltung keinen hohen Zeitaufwand oder Mehrkosten beschert.

Gemäss der Weisung des Stadtrates beginnt der Zeitplan im Frühling 2019.

Der Weisung des Stadtrates stimmen wir zu.

Patricio Frei hat einen Änderungsantrag eingereicht, in dem der Start der Umsetzung auf „umgehend“ geändert werden soll und die Projektkosten der laufenden Rechnung abgerechnet werden soll. In diesem Punkt sind wir uns in der Fraktion nicht einig. Um den Start umgehend vorzuziehen fehlt die nötige Dringlichkeit. Zudem ist für dieses Jahr der Leistungsauftrag noch nicht definiert. Aus diesem Grund haben wir zum Änderungsantrag die Stimmfreigabe beschlossen.

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Hans Denzler** (SVP): *Wir haben heute einen Wildwuchs mit Aus- und Bezeichnungen von Lebensmitteln. Wieviel Geld wollen wir in die Bürokratie versickern lassen statt direkt in die Produktion von Lebensmitteln? Mischprodukte bei diesen „Labels“ sind doch die Zukunft, damit wir unsere Welt verbessern können. Hier wird Geld verdient, das nicht an diejenigen geht, die es verdient hätten.*

Die Abteilungsvorsteherin Gesundheit, Stadträtin Esther **Rickenbacher**, nimmt Stellung: *Ich weiss nicht, ob wir tatsächlich eine Medaille erhalten werden. Der Stadtrat hat entschieden, dass wir jetzt beginnen wollen. Zum Antrag Patricio Frei betreffend zeitlichem Vorgehen: Hier möchte ich Ihnen zu Gemüte führen, dass wir heute bereits sehr viel in diesem Umfeld tun. Es wäre schwierig, jetzt damit beginnen zu müssen, weil unsere Ressourcen in der Abteilung beschränkt sind.*

Detailabstimmung

Die Kommission Soziales und Gesundheit (KSG) beantragt folgende Fassung von Ziffer 1 und Ziffer 2 Dispositiv (Änderungen unterstrichen):

1. Die LG Abfall und Umwelt wird beauftragt, das Projekt «Fair Trade Town Uster» umgehend zu starten und umzusetzen.
2. Die Projektkosten werden über die laufende Rechnung abgerechnet. Die Leistungsaufträge 2019 bis 2023 der LG Abfall und Umwelt werden bei den Zielen, Leistungen und Indikatoren mit dem Thema «Fair Trade Town» ergänzt.

Die Rechnungsprüfungskommission hat mit 5:4 Stimmen dem Antrag der KSG zugestimmt.

Der Antrag der KSG wird mit 17:16 Stimmen angenommen.

Schlussabstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 20:13 Stimmen:

1. **Die LG Abfall und Umwelt wird beauftragt, das Projekt «Fair Trade Town Uster» umgehend zu starten und umzusetzen.**
2. **Die Projektkosten werden über die laufende Rechnung abgerechnet. Leistungsaufträge 2019 bis 2023 der LG Abfall und Umwelt werden bei den Zielen, Leistungen und Indikatoren mit dem Thema «Fair Trade Town» ergänzt.**
3. **Die Projektkosten werden über das ordentliche Budget 2019 bis 2023 der LG Abfall und Umwelt abgerechnet.**
4. **Im Jahr 2023 findet eine Evaluation des Projekts statt und es wird über das weitere Vorgehen entschieden.**
5. **Die Motion 584/2016 wird abgeschrieben.**
6. **Mitteilung an den Stadtrat.**